



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 2. APRIL 2025

Novelle des Versammlungsgesetzes: Pride-Verbot sorgt für Aufruhr

Am Montag, den 17. März 2025 behandelte der Justizausschuss des ungarischen Parlaments eine Gesetzesnovelle zum Versammlungsrecht, welche das oppositionspolitische Ungarn für die nächsten Wochen in Aufruhr versetzte. Gegenstand der Gesetzesänderung, die im Volksmund „Lex Pride“ getauft wurde, bildete die Verbotsmöglichkeit solcher Veranstaltungen, die dem Geiste des seinerzeit ebenso kontrovers diskutierten Kinderschutzgesetzes zuwiderlaufen würden. Verschärft werden solle zudem die strafrechtliche Ahndung solcher illegalen Versammlungen sowie die Verhängung von Geldstrafen bis zu 200.000 Forint (etwa 500 Euro). Hierzu solle die Polizei auch zur Benutzung von Gesichtserkennungs-Software berechtigt werden. Letztere Bußgeldsummen sollen dem Kinder- und Jugendschutz zugutekommen. In seiner Konsequenz beträfe die Gesetzesnovelle unmittelbar Demonstrationen wie die jährliche Pride-Parade, die in der Innenstadt der ungarischen Hauptstadt Budapest abgehalten wird. Diese könnte nun auf Grundlage des „Rechts der Kinder auf eine gesunde körperliche, geistige und moralische Entwicklung“ im öffentlichen Raum verboten werden.

Scharfe Kritik an den Legislativmaßnahmen wurden vonseiten der Organisatoren der Budapest Pride laut. Ungarn stehe mit dieser Gesetzesänderung nicht länger auf dem Boden der Demokratie. Es gebe keine Garantie gegen Willkür beim Verbot beliebiger Demonstrationen für LGBTQ-Belange mit der vermeintlich vorgeschobenen Begründung des Jugendschutzes. Meinungsumfragen des Publicus-Instituts zufolge befürwortet eine Mehrheit von 56% der Ungarn ein Verbot der Pride nicht. Am deutlichsten zeigt sich diese Ablehnung bei Anhängern der oppositionellen Herausforderin Tisza (92%), während hingegen mit 59% Gegenstimmen auf der Seite der rechtsradikalen Mi Hazánk eine Mehrheit ihrer Unterstützer die Pride verbieten würden und damit die deutlichsten Befürworter des Verbots sind.

In der Parlamentsabstimmung am 18. März wurde die Änderung des Versammlungsgesetzes sodann mit 136 Ja- zu 27 Nein-Stimmen angenommen. Teile des Gesetzes bedürfen noch einer Änderung des Grundgesetzes, welche voraussichtlich am 15. April in Kraft tritt. Die Abgeordneten der Opposition protestierten im Sitzungssaal gegen die Beschneidung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Dabei wurden bunte Nebelkerzen angezündet, die sowjetische Nationalhymne abgespielt und Flugblätter von den Rängen geworfen. Der sitzungsleitende Parlamentsvizepräsident ließ daraufhin den Plenarsaal räumen.



Abgeordnete der Momentum-Parlamentsfraktion zünden als Protestaktion bunte Nebelkerzen im Plenarsaal.

Quelle: Bedó Dávid / Facebook

Die Oppositionspartei DK ließ verlauten: „Kinder werden nicht dadurch geschützt, dass das Versammlungsrecht bestimmter Minderheiten eingeschränkt wird. Für den Kinderschutz müssen zusätzliche Ressourcen bereitgestellt, Kindern in Pflegeheimen und dem Pflegefamiliennetzwerk muss geholfen werden.“ Auch andere Oppositionsparteien des linken Lagers wiesen auf Diskriminierung hin und bezeichneten das Gesetz als „politische Keule“. Für die Initiative der Regierungsparteien stimmten hingegen die rechtskonservativen bzw. rechtsradikalen Oppositionsparteien Jobbik und Mi Hazánk. „Die exhibitionistischen Elemente der Pride rufen eine Feindseligkeit gegenüber Homosexuellen hervor, die für die Akzeptanz in der Gemeinschaft kontraproduktiv ist“, so Jobbik.

Noch während der Gesetzesvorschlag im Parlament verabschiedet wurde, bildeten sich die ersten Demonstrationen auf der Straße. Vor dem Parlamentsgebäude veranstaltete die linksliberale Partei Momentum eine Protestkundgebung, an der mehrere Tausend Budapester teilnahmen. Auch die Zugänge zu den Donaubrücken in der Budapester Innenstadt wurden teils von den Demonstranten blockiert, sodass der Autoverkehr und der ÖPNV zeitweise zum Erliegen kamen. Die Proteste setzten sich über den Monat März hinweg fort. Am 25. März besetzten Demonstranten erneut vier Donaubrücken. Es kam zu 289 Identitätsfeststellungen, 18 Strafbescheiden und zwei Festnahmen. Auch in anderen Großstädten versammelten sich die Menschen, so mehrere Tausend am 29. März in Szeged. Weitere Proteste für den April sind bereits angekündigt. Auch der Budapester Oberbürgermeister kündigte Widerstand vonseiten der Hauptstadtregierung an. Da er in der politisch blockierten Budapester Stadtversammlung jedoch über keine Mehrheit verfügt, kam ein betreffender Vorschlag allerdings letztlich nicht auf die Tagesordnung.

Die Parlamentarier indessen, die während der Abstimmung im Plenarsaal protestiert hatten, wurden als Konsequenz für ihren Verstoß gegen die Parlamentsordnung mit heftigen Geldstrafen belegt. Parlamentspräsident László Kövér sprach gegen sechs Abgeordnete

Geldstrafen in Höhe von insgesamt 82 Mio. Forint (205.000 Euro) aus. Gegen zwei Abgeordnete von Momentum sowie einen Fraktionslosen aufgrund des Zündens von Nebelkerzen, gegen drei weitere Momentum-Mitglieder wegen des Streuens von Flugblättern und Papierschnipseln von den Rängen. Erstere erhielten ferner ein Betretungsverbot des Parlaments für 12 Sitzungstage und müssen auf sechs Monatsgehälter verzichten, letztere für sechs Sitzungstage und vier Monatsgehälter. Nicht nur habe die Aktion der Abgeordneten die Ehre des Hauses in den Schmutz gezogen, auch habe sie die Gesundheit der anwesenden Parlamentarier ernstlich gefährdet, sodass manche eine medizinische Behandlung in Anspruch hätten nehmen müssen, hieß es in der Begründung. Die betroffenen Abgeordneten reagierten kämpferisch auf die Strafen: Man habe in einem derartigen Parlament tatsächlich nichts mehr verloren und wolle den Widerstand fortan auf der Straße organisieren. Die verhängten Geldstrafen indes wurden teils innerhalb weniger Tage mittels Spendenaufrufe zusammengesammelt und beglichen.

Reden zum ungarischen Nationalfeiertag der Märzrevolution

Der ungarische Nationalfeiertag zur Märzrevolution von 1848 wurde wie gewohnt von den traditionellen Festtagsreden der Regierungs- und Oppositionspolitiker begleitet. In diesem Jahr richtete sich die Aufmerksamkeit insbesondere auf Ministerpräsident Viktor Orbán und seinen aussichtsreichen Herausforderer Péter Magyar. Aber auch die kleineren Oppositionsparteien meldeten sich zu Wort.

Der Ministerpräsident zeigte sich in seiner Festrede kämpferisch. „Wir sind die Zukunft!“, proklamierte er. Das habe die „patriotische Wende“ in den USA gezeigt. Dabei verstehe man sich als Freiheitskämpfer gegen ein „Regenbogen-Imperium“. Der Geist der ungarischen Freiheit bestehe seit eintausend Jahren und werde noch viele weitere tausend Jahre die Menschen begleiten. Der Revolutionstag des 15. März sei damit mehr nur als ein Feiertag, er sei ein sakraler Moment. Orbán zog eine Linie vom Freiheitskampf gegen das Habsburgerreich über das Sowjet-Imperium bis zur Europäischen Union. Auch Brüssel missbrauche seine Macht wie einst der Wiener Kaiserhof. „Doch“, so Orbán, „die Zukunft gehört niemals den Imperien, sie gehört den Patrioten, den unabhängigen Nationen.“ Das „Imperium“ sei nun zur „Schlacht um die Seele des Westens“ angetreten. Es versuche sich an einem „Bevölkerungsaustausch“ und dem „Umpolen der Kinder, um künftige Generationen in das Chaos einer Lebensweise wider die Natur zu stürzen.“ In Ungarn habe man hingegen die „erste patriotische Volkswirtschaft in ganz Europa“ errichtet. Orbán forderte: „Machen wir uns an den Frühjahrsputz, beseitigen wir die Schattenarmee der neuzeitlichen Labanzen, des Brüsseler Imperiums!“

In Anklang an die Revolutionäre von 1848 proklamierte der Ministerpräsident in den sozialen Medien seine 12 Punkte der ungarischen Nation an Brüssel, die mit der Revolutionsparole „Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit!“ unterzeichnet waren:

1. Ein Europa der Nationen,
2. Gleichheit vor dem Recht für alle Mitgliedstaaten,
3. Rückübertragung der illegal entzogenen Befugnisse an die Nationen,
4. nationale Souveränität,
5. Ausschluss der „Soros-Agenten“ aus der EU-Kommission und korrupter Lobbyisten aus dem Europaparlament,

6. keine gemeinsame EU-Schuldenaufnahme zu Lasten der kommenden Generationen,
7. Schutz der nationalen Grenzen, Rückführung illegaler Migranten, statt mehr Migration,
8. keine korrupten Einflussnahmen auf die Politik der Mitgliedstaaten mittels fremder Dollars und Euros,
9. ein Verbot naturwidriger Umerziehung der Kinder,
10. Schutz des christlichen Erbes Europas,
11. Frieden für Europa,
12. eine Europäische Union ohne die Ukraine.

„Macht euch bereit!“, prangte in großen Lettern auf der Bühne des politischen Herausforderers Péter Magyar von der Tisza-Partei. Auch Magyar rekurrierte in seiner Rede auf das Narrativ des Freiheitskampfes des unabhängigen, bürgerlichen Ungarns, erweiterte jedoch die Reihe der feindlichen Unterdrücker um die Orbán-Regierung statt Brüssel: „Sie wollten uns mundtot machen: Osmanen, Habsburger, Russen und Orbán mit seinem Schlepp. Die gute Nachricht lautet, dass es ihnen nie gelungen ist.“ Die Machthaber hätten ein neues „Metternich-System“ errichtet, so Magyar, der den Ministerpräsidenten Orbán und seine Partei in seinem Gleichnis als „den alten Kaiser und seine Dynastie“ bezeichnete. Nun nahe das Frühlingserwachen. Auch Tisza formulierte 12+1 Punkte, über die es eine „echte“ Volksbefragung geben solle, denn, so Magyar, „wir hören die Stimme der Nation“:

1. Sanierung des Gesundheitssystems, Sicherung der Ressourcen,
 2. Wiederherstellung der Bildungsfreiheit, Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Bildung,
 3. Vorrang für Umwelt und Nachhaltigkeit,
 4. Beendigung der Propaganda durch öffentliche Gelder, Sicherung der öffentlichen Medien,
 5. Absetzung von mittels Zweidrittelmehrheit eingesetzten Parteifunktionären,
 6. Gewährleistung der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften,
 7. Nulltoleranz gegenüber der allgegenwärtigen Korruption, Beitritt zur Europäischen Staatsanwaltschaft,
 8. konstruktiver Dialog mit der EU und der NATO im nationalen Interesse,
 9. Untersuchung und Beendigung des Transfers von nationalem Vermögen an Stiftungen,
 10. Gewährleistung wirtschaftlicher Bedingungen, die junge Menschen im Land halten, eine echte demografische Wende, Start eines Mietwohnungsbauprogramms,
 11. Unterstützung von KMU und Landwirten,
 12. Sicherstellung angemessener Bedingungen für Rentner, Unterstützung benachteiligter Gruppen, Unterstützung von Familien mit kranken Kindern.
- + 1. Beitritt der Ukraine zur EU

Auch die kleineren Parteien hielten im Schatten der großen Kontrahenten ihre Kundgebungen ab. Die rechtsradikale Mi Hazánk bezeichnete das Duell zwischen Fidesz und Tisza als Theaterinszenierung. Man sehe sich als parlamentarische Opposition sowohl zu den linksliberalen Globalisten als auch zur Zweidrittelmehrheit des Fidesz. Fidesz spiele sich als „national-radikal“ auf, während Tisza dieselbe Korruption kritisiere, von der man selbst lange Zeit profitiert habe, als man noch mit Fidesz in einem Boot gesessen habe.

Die rechtskonservative Jobbik forderte mehr nationale Einheit und einen Konsens in den wichtigsten nationalen Fragen. Die Regierung habe es auf eine Spaltung des Volkes abgesehen.

Außerdem warnte sie vor dem finanziellen Einfluss Russlands: Nationen könnten nicht nur durch Waffen, sondern auch mit Geld unterworfen werden.

Die linken Parteien kritisierten die Regierung, die geradewegs auf den Abgrund zulaufe. Man mache gemeinsame Sache mit fundamentalistischen Konservativen und Multimilliardären gegen die Interessen des kleinen Mannes. „Nennen Sie es, wie Sie wollen, aber die Vereinigten Staaten von Europa werden kommen!“, betonte die DK.

Die Satirepartei MKKP kritisierte den Regierungsstil von Fidesz frei nach dem Prinzip „Divide et impera“ zum vermeintlichen Schaden des Landes. Man selbst könne den Ungarn nur ewiges Leben, Freibier, eine Staatenunion mit Kanada sowie eine allgemeine Beteiligung an den Korruptionsgeldern für alle Bürger versprechen. Leider habe der Fidesz sich inzwischen die Schlüsselpunkte der Satirepartei zu eigen gemacht, denn auch er verspreche seinen Wählern nur noch das Blaue vom Himmel.

Ungarn europäischer Spitzenreiter bei Solarenergie und Batterieforschung

Die Frage der Energiesicherheit beschäftigt weite Teile der Europäischen Union. Auch Ungarn, welches weiterhin an russischen Energieträgern festhält, bildet hier keine Ausnahme. Der ungarische Energieminister Csaba Lantos bezeichnete am Freitag, den 28. März 2025, die Stärkung der Energiesouveränität des Landes als zentrales Anliegen der ungarischen Regierungspolitik. Im Vordergrund stünden dabei die Nutzung der Atomkraft sowie der flächendeckende Ausbau der Solarenergie. Die Solarparks vereinten bereits über die Hälfte aller eingebauten Erzeugungskapazitäten auf sich und beförderten Ungarn damit an die Spitze der Solarstromerzeuger in der Europäischen Union. Mit einem Anteil von 25% des Strombedarfs könne Ungarn nun auch die bisherigen südeuropäischen Spitzenreiter Spanien und Griechenland hinter sich lassen. An sonnigen Tagen sei die Stromerzeugung in Ungarn somit bereits jetzt völlig CO₂-frei und könne durch die bereits installierte Kapazität der Solaranlagen sowie des ungarischen Atomkraftwerks in Paks gewährleistet werden.

Auch auf internationaler Ebene strebt Ungarn eine stärkere Zusammenarbeit auf dem Strommarkt an. Mit dem Großprojekt „Green Energy Corridor“ sollen die Energiesicherheit der Europäischen Union gestärkt, die Stromimporte diversifiziert und die Preise gesenkt werden. Am Montag, den 10. März 2025, begrüßte der ungarische Minister für Außenwirtschaft und auswärtige Angelegenheiten, Péter Szijjártó, den Vizepremier Georgiens, sowie die Energieminister Aserbaidschans, Rumäniens und Bulgariens zur Unterzeichnung des Vertrages in der Budapester Puskás Arena. Das ambitionierte Großprojekt zur Ermöglichung enormer Energieimporte aus dem Raum des Kaspischen Meeres nach Europa ist auch im Weltmaßstab einmalig und soll unter anderem das bisher längste Untersee-Stromkabel umfassen.

In Ungarn selbst werden derweilen Maßnahmen zur Erhöhung der Speicherkapazitäten getroffen. Ein derartiges Batterie-Großprojekt entsteht in Tiszaújváros beim Chemieunternehmen MOL Petrolkémia. Neben einem der größten Solarparks des Landes entsteht hier zudem ein gewaltiger Energiespeicher mit 20 MW Kapazitäten. Dieser Speicher soll binnen zwei Stunden vollständig aufladbar sein und ebenfalls binnen zwei Stunden 40 MWh in das System einspeisen können. Ungarn macht beim Ausbau der erneuerbaren Energien große Fortschritte, das kommende Jahrzehnt muss nun aber von den Fähigkeiten handeln, den Strom zu speichern bzw. die Kapazitäten im Tagesverlauf auszugleichen.

Die Széchenyi-Universität in Győr steigt nun in diesen Prozess ein und plant die Einrichtung einer Forschungseinheit, welche sich primär mit Batterien und deren Recycling befassen soll. Als Partner konnte die Széchenyi-Universität in Győr die Nanyang Technological University (NTU) in Singapur gewinnen. Die NTU gehört zu den renommiertesten Universitäten der Welt im Bereich der Materialwissenschaften. Von Seiten der NTU wird sich die Forscherin Srinivasan Madhavi, Geschäftsführerin des Energie-Forschungsinstituts und des Büros für Nachhaltigkeit sowie stellvertretende Direktorin des Forschungsinstituts für Kreislaufwirtschaft der Universität, an dem gemeinsamen Projekt beteiligen. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt auf dem Recycling von Elektronikschrott, Lithium-Ionen-Batterien und der Entwicklung neuer Energiespeicherlösungen. Mit über 370 Publikationen und 30 Patenten gilt sie als eine herausragende Persönlichkeit auf ihrem Fachgebiet.

Polizeistatistik vorgestellt: Ungarn intensiviert den Kampf gegen Drogen

Auf einer Sitzung des Budapester Stadtrats stellte der Polizeipräsident der Hauptstadt die Polizeistatistik des vergangenen Jahres vor. Daraus abgeleitet würden zu den wichtigsten Zielen für das Jahr 2025 eine höhere Aufklärungsquote und ein effizienteres Vorgehen gegen Online-Verbrechen sowie den Drogenhandel gehören. Während 2024 so wenig Einbruchsdelikte wie je zuvor getätigt worden seien und auch die Zahl der Tötungsdelikte, Körperverletzungen und Verkehrsunfälle abgenommen habe, sei die Anzahl registrierter Straftaten insgesamt um 28% auf 52.000 gestiegen. Haupttreiber dieser Entwicklung seien Diebstahl- und Betrugsdelikte. Insbesondere derartige Delikte unter Einsatz von Informationstechnik hätten sich beinahe verdoppelt (auf 4.800). Durchschnittliche konnte die Polizei bereits 12 Minuten nach einem Notruf vor Ort sein, jedoch sei ihre Aufklärungsrate um fast fünf Prozentpunkte auf 53,4% abgesunken.

Im Einklang mit den Befunden zur Drogenkriminalität gab die Regierung bekannt, dass ihre Drogenpolitik signifikant verschärft werde. Der ungarische Drogenbeauftragte kündigte an, man wolle das Verbot der Herstellung, Verbreitung, Bewerbung und des Konsums von Drogen in das Grundgesetz aufnehmen. Man verfolge eine Nulltoleranz-Strategie, in deren Zuge man ab dem 1. März 2025 die Fahndungen verschärft habe. Hierzu seien rund 3.500 Mann für Kontrollen an fast 1.000 Orten abgestellt worden. Gleichzeitig beabsichtige man, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der der Polizei ein schnelleres, effektiveres und effizienteres Durchgreifen ermögliche und somit zur Abschreckung beitrage. Eine Liberalisierung des Drogenkonsums nach dem Vorbild westeuropäischer Länder sei hierzulande ausgeschlossen.

Eine polizeiliche Sondereinheit aus 210 Ermittlern wurde im Rahmen des Aktionsplans „Delta“ ins Leben gerufen, die die verschärften Fahndungen landesweit koordinieren soll. Ferner umfasst das Programm Präventionsmaßnahmen in Kooperation mit Bildungseinrichtungen, lokalen Behörden, Medien und Berufsverbänden. Erste Ergebnisse der Aktion stellte der Drogenbeauftragte Ende März im Parlament vor. So habe die Polizei bei ihren Razzien in den ersten zwei Wochen ca. 300 kg (oder über 100.000 Dosen) illegaler Drogen im Wert von über 245 Mio. Forint (ca. 60 Mio. Euro) sowie Bargeld und Wertgegenstände beschlagnahmt. Nicht nur habe sich die Menge der im Umlauf befindlichen Rauschmittel verringert, auch könne man einen ersten Rückgang der aktiven Zahl von Drogendealern beobachten, welche überdies seltener und kleinere Mengen verkaufen würden. Bisher seien etwa 1.000 Strafverfahren gegen Drogenhändler und -konsumenten eingeleitet worden. Das Programm soll auch über den Monat

März hinaus fortgesetzt werden. Aus der Bevölkerung scheint es Rückhalt für die Maßnahmen zu geben. 92% der Ungarn unterstützen Meinungsumfragen zufolge ein härteres Vorgehen gegen den Drogenhandel.

Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Ungarn plant Möglichkeit zum Entzug von Doppelstaatsbürgerschaften

Die Regierungspartei Fidesz plant ein Gesetzesvorhaben, mit dem Doppelstaatsbürgern temporär für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren der ungarische Pass entzogen werden könnte. Dies geht aus einem Legislativvorschlag hervor, den ein Abgeordneter von Fidesz in der Nacht zum 2. April im Parlament einreichte. Ziel des Vorhabens sind Personen, die von den ungarischen Behörden als „staatsgefährdend“ eingestuft werden. Kritiker befürchten ein politisches Instrument, um unliebsame Regierungskritiker einzuschränken.

Die Aufhebung der ungarischen Staatsbürgerschaft könnte dem Gesetzestext zufolge nur bei solchen Doppelstaatlern erfolgen, deren zweite Staatsbürgerschaft nicht aus einem EU-Land einschließlich der Schweiz, Liechtensteins, Norwegens und Islands stammt. Als staatsgefährdend eingestuft werden kann eine Person, die „im Interesse einer fremden Macht oder einer fremden Organisation tätig ist, die Ziele einer fremden Macht oder einer fremden Organisation verwirklicht“ und damit eine „Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit des Landes darstellt“.

Die Maßnahme reiht sich in das politische Ziel der Orbán-Regierung ein, die politische Einflussnahme ausländischer Staaten auf die ungarische Politik mittels fremdfinanzierter NGOs einzuschränken. Die befristete Aufhebung einer Staatsbürgerschaft ist im internationalen Vergleich indes höchst unüblich. Im Regelfall werden Staatsbürgerschaften dauerhaft entzogen bzw. kann man auch selbst dauerhaft auf diese verzichten.

Nachwahlen in Budapest

Die Demokratische Koalition (DK) konnte sich bei den Neuwahlen des nationalen Parlamentsmandats im Norden der ungarischen Hauptstadt behaupten. Der Kandidat der DK, László Varjú, setzte sich im Wahlkreis des 4. und 13. Stadtbezirks mit einem Ergebnis von knapp 52% der Stimmen klar gegen seine fünf Herausforderer durch. Der Kandidat des Fidesz, Zsolt Renge, erreichte mit 34% den zweiten Platz. Die Tisza-Partei schickte keinen eigenen Kandidaten ins Rennen. Auch war die Wahlbeteiligung mit nur 33% auffällig niedrig.

Grund für die Neuwahlen war die rechtskräftige Verurteilung Varjús im Dezember des letzten Jahres gewesen, infolge derer er sein Parlamentsmandat niederlegen hätte müssen, woraufhin er dem parlamentarischen Verfahren vorausgehend selbst zurückgetreten war. Varjú war im Rahmen einer Protestaktion der Opposition gewaltsam in die staatliche Medienanstalt MTVA eingedrungen. Die Kurie verurteilte ihn anschließend wegen Körperverletzung, Tätlichkeit und Wahlbetrug. Ersteres aufgrund eines Handgemenges mit einem Wachmann der MTVA, letzteres, da er im Vorfeld der Wahlen 2018 einen unabhängigen Abgeordneten in seinem Bezirk zum Rücktritt gezwungen hatte. Er durfte jedoch bei den Neuwahlen erneut antreten und konnte sein Mandat zurückgewinnen. Die Spitze der DK nutzte die Gelegenheit des Wahlsieges, um sowohl gegen die „bezahlten Meinungsforschungsinstitute der Regierung“ als

auch die neue Oppositionspartei Tisza auszuteilen, welche eine Zusammenarbeit mit den „oppositionellen Altparteien“ vehement ablehne.

Maßnahmenpaket für ländliche Regionen

Am Donnerstag, den 27. März 2025, stellte der Regierungsbeauftragte für die Entwicklung moderner Dörfer, Alpár Gyopáros, die neuen Maßnahmen des Programms „Ungarisches Dorf“ vor. Dies umfasst vier zentrale Punkte, von denen zwei (Unterstützung von Dorfläden und die Renovierung von Kirchen) eine Fortführung bzw. Neuauflage von bereits bestehenden Programmen bilden. Die ungarischen Dorfläden können sich nun erneut um einen staatlichen Zuschuss von 1-3 Mio. Forint (2.500-7.500 Euro) bewerben, um ihre Betriebs- und Lohnkosten abzudecken. Dadurch soll die Versorgung der Landbevölkerung auch weiterhin gewährleistet werden.

Neu hinzu kommen die Unterstützung von Gaststätten und die Installation von Bankautomaten in allen Dörfern, um die Bargeldversorgung der Landbevölkerung sicherzustellen. Die Förderung von Gaststätten wird auf Dörfer mit bis zu 2.000 Einwohnern ausgeweitet. Beantragt werden können Zuschüsse von bis zu 3 Mio. Forint beispielsweise für die Gebäudesanierung sowie die Verbesserung der Gebäudedämmung. Die Installation der Bankautomaten ist eine Reaktion auf die angekündigte Schließung zahlreicher Postfilialen in kleinen Ortschaften, wo bisher Geld eingezahlt und auch abgehoben werden konnte.

Ärztedemo vor dem Parlament

Am Samstag, den 8. März 2025, riefen die ungarische Ärztekammer (MOK) sowie die Gewerkschaft der Ärzte (MOSZ) zu einer Demonstration in der Hauptstadt auf, um die Regierung auf die Missstände im Gesundheitssystem aufmerksam zu machen. Die Ärzte wendeten sich mit einer Liste von Forderungen und Vorschlägen an die Politik: Darunter eine Erhöhung der Ausgaben im Gesundheitswesen um jährlich 500 Mrd. Forint (1,25 Mrd. Euro) sowie die Schaffung eines Rundtisches des Gesundheitswesens, an dem Fachverbände einen transparenten strategischen Plan verfassen sollten – unabhängig von politischen Überlegungen und Einflussnahme. Das ungarische Gesundheitssystem sei im Europäischen Vergleich chronisch unterfinanziert, da Ungarn weniger als die Hälfte des EU-Durchschnittes für das Gesundheitswesen bereitstelle. Laut Schätzungen der Ärzte müsste die Finanzierung um 720.000 Forint (1.800 Euro) pro Kopf aufgestockt werden, um den „europäischen Standard“ zu erreichen.

Die Ärzte beklagten zudem, dass die Menschen aufgrund der zahlreichen Missstände das Vertrauen in das Gesundheitssystem verloren hätten. MOK-Präsident Péter Álosi betonte, dass ein modernes Gesundheitswesen nicht mit der Technik und Infrastruktur aus dem 20. Jahrhundert am Leben erhalten werden könne. Die Regierung solle sich ferner nicht in die fachlichen Gesichtspunkte des Gesundheitswesens einmischen und solle diese Fragen den Ärzten sowie dem ausgebildeten Fachpersonal überlassen.

Maul- und Klauenseuche ausgebrochen

Zum ersten Mal seit 1973 wurden in Ungarn Fälle der äußerst ansteckenden Maul- und Klauenseuche registriert. Das Virus wurde am 6. März auf einem Rinderhof mit rund 1.400 Tieren in Kisbajcs, im Komitat Győr-Moson-Sopron, nachgewiesen. Symptome der Krankheit seien bereits am 3. März auf dem Hof aufgetreten und die Krankheit wurde anschließend vom Labor des Nationalen Amtes für Lebensmittelsicherheit bestätigt. Als Sofortmaßnahme

verhängte die örtliche Tiergesundheitsbehörde eine Abriegelung des betroffenen Rinderhofs und ordnete restriktive Maßnahmen rund um den Betrieb an. Zudem wurden in einem Umkreis von 10 Kilometern um den betroffenen Betrieb alle weiteren Höfe untersucht und getestet. Weitere Restriktionen gelten in der gesamten Region Transdanubien. Der Transport von Tieren im In- und Ausland wurde weitestgehend untersagt und es gelten ebenfalls Einschränkungen für die Jagd sowie den Betrieb des Tierparks in der Nähe von Győr.

Die hoch ansteckende Krankheit kann große wirtschaftliche Schäden verursachen, da erkrankte Tiere nicht behandelt werden können. Für den Menschen ist die Krankheit jedoch glücklicherweise ungefährlich. Der potenzielle wirtschaftliche Schaden ist dennoch enorm, da bereits ein einziger Krankheitsfall ausreicht, um einen ganzen Betrieb zu infizieren, was die Keulung aller Tiere zur Folge hat.

Streit um die Raaberbahn: Ungarn gewinnt gegen Österreich vor Gericht

Der ungarische Staat konnte sich in einem Rechtsstreit mit der Republik Österreich vor Gericht durchsetzen. Grund der Klage war die Anfechtung einer Kapitalerhöhung bei der Regionalbahn Győr-Sopron-Ebenfurt (GySEV Zrt.), in deren Folge der ungarische Staat zum Mehrheitseigner der Bahn geworden war und nun eine deutliche Mehrheit von 75,01% der Anteile hält. Österreich wollte die Beschlüsse der Aktionärsversammlung anfechten, konnte vor dem Gerichtshof in Győr jedoch keinen Sieg davontragen. Im Urteil des Gerichts wurde bestätigt, dass die Kapitalerhöhung gemäß den geltenden Rechtsnormen erfolgt war. Der ungarische Staat ist somit rechtmäßiger und offizieller Anteilseigner mit einer Beteiligung von mehr als 75 Prozent und damit kontrollierender Teilhaber mit einer qualifizierten Mehrheit.

Der Streit um die Raaberbahn zwischen Ungarn und Österreich ist dabei nicht neu. Bereits im vergangenen Jahr hatte der ungarische Staat den Anteil des österreichischen Bauunternehmens Strabag von 6,1% aufgekauft, wodurch sich der Anteil des ungarischen Staates an der Bahn bereits auf 71,7% erhöht hatte. Das ungarische Verkehrsministerium hatte zudem wiederholt beanstandet, dass die linksliberale Vorgängerregierung einen für Ungarn äußerst unvorteilhaften Vertrag mit Österreich geschlossen hätte, welcher dem österreichischen Staat ein Veto-Recht in den Angelegenheiten der Regionalbahn eingeräumt hatte – unabhängig von der Größe der Beteiligung. Verkehrsminister János Lázár hatte weiterhin beklagt, dass der ungarische Staat immer mehr Geld in das Unternehmen investiere, während die Österreicher ihren Verpflichtungen zur Kapitalerhöhung nicht nachkämen. Dennoch nehme der ungarische Einfluss auf das Unternehmen aufgrund des Veto-Rechts der Österreicher nicht zu. Die jüngsten Maßnahmen zur Erhöhung des ungarischen Anteils bezeichnete er als Maßnahme zur Schaffung einer „strategischen“ Mehrheit von 75% und damit einer Stimme. In den sozialen Netzwerken ließ der Verkehrsminister zudem verlauten, dass die ungarischen Interessen nun nicht länger vor den ausländischen Interessen zurückstehen müssten. Aus einem ungarischen Staatsbesitz von 75% folge nun auch der Anspruch auf einen ungarischen Vorstand sowie einen ungarischen Aufsichtsrat.

200 Millionen Bäume gepflanzt

Der ungarische Landwirtschaftsminister, István Nagy, besuchte unlängst den kleinen Ort Leányfalu unweit von Budapest im Rahmen des Nationalen Aufforstungsprogramms. Bei seinem Besuch sprach Nagy darüber, dass Ungarns Baumbestand in den letzten Jahren um fast 200 Mio. Bäume angewachsen sei. Er erklärte, dass das Nationale Aufforstungsprogramm im Jahr 2019 gestartet worden sei, nachdem das Landwirtschaftsministerium den Waldbestand als

strategisches Element eingestuft und die Ausweitung der bewaldeten Flächen Ungarns zu einem zentralen Ziel erklärt hatte. Im Rahmen des Strategieplans der Gemeinsamen Agrarpolitik würden nun dreimal so viele Mittel wie im vorangegangenen Haushaltszeitraum, insgesamt 310 Mrd. Forint (773 Mio. Euro), für die Erhaltung, Vergrößerung und Verbesserung der Qualität der ungarischen Wälder bereitgestellt.

Bei der Veranstaltung betonte der Bürgermeister von Leányfalu, dass die extremen Witterungsbedingungen der letzten Jahre, die immer häufiger auftretende Sommerhitze und die Trockenheit den Bäumen der Siedlung bedauerlicherweise sehr zugesetzt hätten. Kiefern und Thujen seien aufgrund ihrer verminderten Widerstandskraft und schwindenden Harzproduktion vermehrt dem Borkenkäfer zum Opfer gefallen, Kastanien würden von der Grubenwickler-Motte befallen, doch litten fast alle Baumarten unter den klimatischen Belastungen. Im Rahmen des Programms wird zudem darauf geachtet, gezielt den Bestand einheimischer Baumarten zu stärken und invasive Arten zurückzudrängen. So auch in Leányfalu, wo nun ungarische Eschen gepflanzt wurden, um die aus Sicherheitsgründen gefälltten invasiven grünen Ahornbäume zu ersetzen.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab Mitte Oktober 2025 **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Am **5. März 2025** veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut eine Veranstaltung mit einem Gastvortrag von **Maximilian EIBER**, Politikwissenschaftler und ehemaliger Leiter der Politischen Akademie der CSU. Die Veranstaltung mit dem Titel „**Konservatismus in Deutschland**“ wurde am MCC Budapest ausgerichtet und von **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, moderiert. Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit veranstaltete anlässlich der Bundestagswahlen eine Wahltournee unter dem Titel „**Politische Wende in Deutschland. Wer**

wird der neue Kanzler Deutschlands?“ durch ganz Ungarn. Den Auftakt der Vortragsreihe bildete ein **Wahlabend samt Live-Übertragung** am Wahlsonntag, dem **23. Februar 2025**, im **MCC Scruton und Hunyadi Mátyás Saal in Budapest** in Kooperation mit **Mandiner** sowie eine Parallelveranstaltung am **MCC-Bildungszentrum in Pécs**. Anschließend besuchte das Expertenteam des Instituts samt seinen deutschen Fachgästen* zahlreiche MCC-Bildungszentren im In- und Ausland, um die **Ergebnisse der deutschen Bundestagswahlen** sowie Folgen und Prognosen zu besprechen und einzuordnen. Die Berichte zu den einzelnen Veranstaltungen finden Sie als wöchentliche Zusammenfassung auf unserer [Webseite](#).



*Das Expertenteam bestand aus **Dr. Gerhard PAPKE** (Nyíregyháza, Veszprém), **Frank SPENGLER** (Pécs, Szeged, Debrecen), **Prof. Dr. Zsolt K. LENGYEL** (Miskolc), **Prof. Dr. Oliver W. LEMBCKE** (Kassa/Košice, Szolnok, Kecskemét, Szekszárd, Eger), **Prof. Dr. Michael SOMMER** (Pécs, Zalaegerszeg, Szombathely, Győr, Békéscsaba), **Alexander EIBER** (Győr), **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL** (Pécs) und **Bence BAUER** (Győr, Eger, Szabadka/Subotica, Székesfehérvár).

Vom **21. bis 23. März 2025** fand die traditionelle **Frühlingsakademie des Deutsch-Ungarischen Instituts** am MCC-Bildungszentrum in Szeged statt. Die diesjährige Akademie widmete sich der angespannten weltpolitischen Lage sowie – damit eng verknüpft – den Zukunftsperspektiven der deutsch-ungarischen Beziehungen. Neben den interaktiven und in angenehmer Atmosphäre gehaltenen Fachvorträgen bot ein simulationsbasiertes Planspiel den Studenten die Möglichkeit, sich aktiv in das gemeinsame Nachdenken einzubringen. Einen ausführlichen Bericht zur diesjährigen Akademie finden Sie [hier](#).

Bevorstehende Veranstaltungen

Am **3. April 2025** organisieren das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit und der Nationale Gedenkausschuss (NEB) im Rahmen des Wunderbar Festivals eine Filmvorführung mit anschließender Podiumsdiskussion. Der gezeigte Film „**Das schweigende Klassenzimmer**“ behandelt den stillen Protest einer Abiturklasse in der DDR gegen die Niederschlagung des Ungarischen Volksaufstandes von 1956. An den Film schließt sich eine Diskussion mit dem Zeitzeugen **Karsten KÖHLER**, dem Klassensprecher der besagten Klasse, an.

Veröffentlichungen

Am **8. März 2025** waren **Prof. Dr. Oliver W. LEMBCKE**, Professor für Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum und Visiting Fellow des Deutsch-Ungarischen Instituts, sowie

Bence BAUER, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, zu Gast in der deutschsprachigen Nationalitätensendung des slowakischen Rundfunks. Thema des Radiointerviews waren die deutschen Bundestagswahlen. Das Interview erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

Am **9. März 2025** erschien in der **Budapester Zeitung** der Artikel „**Hoffnung auf eine Normalisierung**“ von **Dávid LUTHER**, Analyst des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit. Der Artikel beleuchtete die Auswirkungen der Bundestagswahl auf die deutsch-ungarischen Beziehungen infolge der signifikanten Verschiebung in der politischen Landschaft Deutschlands. Den vollständigen Artikel finden Sie [hier](#).

Am **20. März 2025** war **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, im **City Radio Saarland** zu Gast. Gegenstand des Interviews war die Gegenwart und Zukunft des Automobilmarkts in Deutschland und Ungarn. Das Interview finden Sie unter dem folgenden [Link](#).

Buchveröffentlichung: Das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium (MCC) ist stolz, den **zweiten Band** seiner **Reihe „Beiträge zur deutsch-ungarischen Verständigung“** vorstellen zu können. Der zweite Band der Reihe mit dem Titel **„Ungarische Wegmarken“** versammelt eine Auswahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen der Institutsmitarbeiter. Das Themenspektrum umfasst die wichtigsten Politikfelder der Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik, behandelt Fragen der ungarischen Kultur, Geschichte und Gesellschaft und richtet den Blick, nicht zuletzt, auf die Beziehungen des Landes zu seinen europäischen Nachbarn in West und Ost. „Ungarische Wegmarken“ ist im **Dezember 2024** beim [Verlag MCC Press](#) erschienen. Das Buch ist auch auf Amazon, Apple Books und Google Play als E-Book verfügbar.

Bence Bauer – Frank-Lothar Kroll (Hrsg.):
Ungarische Wegmarken:
Beiträge zur deutsch-ungarischen Verständigung, Band 2.

Seit seiner Gründung im Dezember 2020 am Mathias Corvinus Collegium in Budapest verfolgt das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit das Ziel, den Dialog und Austausch zwischen Deutschland und Ungarn zu fördern. Der zweite Band der Reihe „Beiträge zur deutsch-ungarischen Verständigung“ versammelt wissenschaftliche Beiträge, die zentrale Fragen des deutsch-ungarischen Verhältnisses beleuchten und die bilateralen Beziehungen im europäischen Kontext verorten.



Bence Bauer – Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): Ungarische Wegmarken,
MCC Press 2024, Paperback, 296 Seiten, 15.00 €, ISBN: 9789636441029



Die Múpa präsentiert: Den Bartók-Frühling – internationale Kunstwochen – Quelle: Bartoktavasz.hu

Die internationalen Kunstwochen „Bartók-Frühling“ (Bartók Tavasz Nemzetközi Művészeti Hetek) begrüßen im April und Mai nationale wie internationale Kunst- und Kulturbegisterter in Budapest, Győr, Pécs und Miskolc. Das vom Palast der Künste (Múpa) veranstaltete Kulturfestival wird auch im Jahr 2025 wieder herausragende Künstler und Produktionen aus der ganzen Welt nach Ungarn bringen. Fans und Liebhaber von klassischer Musik, Jazz, Weltmusik, zeitgenössischem Tanz, Film, Oper und vielem mehr kommen auf ihre Kosten. Vom 4. bis 13. April begrüßen die Kunstwochen ihre Besucher in Budapest, vom 24. April bis 18. Mai wird das Festival dann auch durch die Städte auf dem Land ziehen. Das detaillierte Programm und Informationen zu den Eintrittskarten finden Sie auf der offiziellen Website des Festivals: bartoktavasz.hu.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Tristan Csaplár

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu